

Eine gemeinsame Kasse für drei

Kooperation im Taunus: Die Verwaltungen von Königstein, Kronberg und Steinbach arbeiten beim Zahlungsverkehr zusammen.

bie. KRONBERG. Wo einst die Dienstboten wohnten und die Pferde versorgt wurden, werden seit gestern die Geldgeschäfte von drei Städten gemeinsam erledigt. In der Remise des Kronberger Rathauses richten sich gerade die Mitarbeiter der neuen Gemeinschaftskasse Kronberg, Königstein und Steinbach ein. Das Gebäudeensemble liegt zwar auf der anderen Straßenseite. Doch so wie das Rathaus ursprünglich eine ansehnliche Villa der Frankfurter Bankiersfamilie Bonn war, so ist auch die Remise gegenüber

kein Standort zweiter Wahl. Die Räume sind frisch renoviert, und von außen wirkt das zurückgesetzte Fachwerkgebäude mit Innenhof geradezu idyllisch. Insofern gibt es für die Mitarbeiter aus Königstein und Steinbach bis auf den Anfahrtsweg eigentlich keinen Grund, sich über den Arbeitsplatzwechsel zu beklagen. Dienstherr bleibt ohnehin ihre jeweilige Kommune.

Als beispielhaft haben die Vertreter der beteiligten Organisationen gestern den Zusammenschluss gelobt. Er soll nicht nur Kosten sparen. „Die gestiegenen Anforderungen an die Mitarbeiter sind auf Dauer nur noch durch Spezialisierung zu erfüllen“, sagte der Königsteiner Bürgermeister Leonhard Helm (CDU). Auch der Geschäftsführer des hessischen

Kompetenzzentrums Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ), Claus Spandau, stellte die Verbesserung der Arbeitsqualität in den Vordergrund. Gerade kleinere Kommunen seien durch immer neue Vorschriften überfordert. Allerdings gehe es natürlich auch um eine Kosteneinsparung, die fast immer zwischen 15 und 25 Prozent liege. Bei der Gemeinschaftskasse im Vordertaunus wird sie mit 21,6 Prozent beziffert. Zunächst rechneten die drei Städte noch nach ihrer Einwohnerzahl ab, sagte der Kronberger Bürgermeister Klaus Temmen (parteilos). Von 2015 an sollten die Kosten fallgenau ermittelt werden. Bisher waren elf Mitarbeiter in den drei Rathäusern jeweils mit Kassenangelegenheiten befasst. Die Gemeinschaftskasse hat nur noch sieben.

Für Rainer Beutel, Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, ist die Gemeinschaftskasse der drei Städte vorbildlich. Man werde sie den mehr als 1800 Mitgliedskommunen als „Best practice“-Projekt präsentieren. Die technische Abwicklung übernimmt der aus den früheren kommunalen Gebietsrechenzentren hervorgegangene Dienstleister ekom21. Dessen Geschäftsführer Bertram Huke versprach einen sicheren Umgang mit den sensiblen Daten wie Steuerzahlungen und Adressen. Der ehemalige Königsteiner Bürgermeister vermutete, es werde nicht das letzte gemeinsame Projekt der Kommunen gewesen sein.

Einen einheitlichen Standesamtsbezirk bilden die drei Städte schon seit Anfang 2012, gemeinsam mit Glashütten. Beschwerden habe es nie gegeben, sagte der Steinbacher Bürgermeister Stefan Naas (FDP). Für die Bürger soll sich auch durch die Gemeinschaftskasse nicht viel ändern, weil der Zahlungsverkehr fast ausschließlich per Überweisung läuft. Wer den Strafzettel unbedingt bar bezahlen wolle, müsse dafür allerdings nach Kronberg, sagte Naas. Aber das sei die absolute Ausnahme. Sein Kollege Helm wünschte sich, die Gesetzeslage würde den Erfordernissen der IKZ angepasst. So habe man in Düsseldorf einen Antrag zur Arbeitnehmerüberlassung stellen müssen. „Da passen schon die Formulare für Kommunen nicht.“